

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **28.03.2019** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-WALV/024

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:06 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:05 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:38 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Plaß, Barthold

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert ab TOP 3.2
Dralle, Karl-Heinz
Frick, Anne
Lentz, Stefan
Meyer, Andreas
Morich, Hans-Dieter

stellv. Mitglied/Mitglieder

Nijenhof, Rüdiger Vertretung für Herrn Lukas
Kirstein
Schulz, Kurt-Ulrich Vertretung für Herrn Dr.
Volkhard Kaever

Beratende/s Mitglied/er

Arand, René
Meyer, Karl-Heinz

Verwaltung

Baxmann, Alfred ab TOP 3.1
Herbst, Rainer
Krause, Julia
Nämsch, Gesine
Scholz, André

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 28.02.2019

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Förderung von Investitionen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)- Bahnhofstunnel Burgdorf
Vorlage: M 2019 0842
 - 3.2. Schließsystem der Kapellen auf den Burgdorfer Friedhöfen / Zugangsberechtigung (Bezugsvorlagen A 2018 0739 und F 2019 0808)
Vorlage: M 2019 0840
 - 3.3. Fahrbahnbeläge BA 2019 - Schadhafte Straßendecken Sanierung mittels Dünne Schichten in Kaltbauweise
Vorlage: M 2019 0861
4. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 04.03.2019
Bezugsvorlagen
M 2018 0655/1 Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2018, Entwurf Oktober 2018
M 2018 0655 Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2018, Lärmkarten und Vorgehensweise
Vorlage: BV 2018 0655/2
5. Einrichtung eines Fußgängerüberweges mit Zebrastreifen in der Straße "Im langen Mühlenfeld", Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion
Vorlage: A 2019 0837
6. Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018
Vorlage: A 2018 0654
7. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018
Vorlage: A 2018 0665
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Berwing lässt sich entschuldigen.

Da das Protokoll der letzten Sitzung noch nicht freigegeben wurde, wird der TOP 2 in die nächste Sitzung vertagt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anlagen zur Vorlage „Fahrbahnbeläge

BA 2019“ unter TOP 3.3 fehlen. Diese sollen per Email an die Ausschussmitglieder verschickt werden.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt, lediglich der TOP 2 wird vertagt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 28.02.2019

Da das Protokoll der Sitzung vom 28.02.2019 noch nicht vorliegt, wird der Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung vertagt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen des Bürgermeisters.

**3.1. Förderung von Investitionen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)- Bahnhofstunnel Burgdorf
Vorlage: M 2019 0842**

Es gibt keine Fragen zur dieser Mitteilungsvorlage.

**3.2. Schließsystem der Kapellen auf den Burgdorfer Friedhöfen / Zugangsberechtigung (Bezugsvorlagen A 2018 0739 und F 2019 0808)
Vorlage: M 2019 0840**

Herr Plaß fragt nach, ob es noch ein Protokoll zu dem Gesprächstermin gibt. **Frau Krause** antwortet, dass die Zusammenfassung des Gespräches in der vorliegenden Vorlage mitgeteilt wird. Es wurde vereinbart, dass die Gärtner zunächst den Schließdienst übernehmen. **Frau Krause** weist darauf hin, dass die Termine bei der Friedhofsverwaltung angemeldet werden müssen, damit die Uhrzeiten für die Öffnung abgesprochen werden können.

Herr Dralle berichtet, dass er an dem Gespräch ebenfalls teilgenommen hat und bestätigt die getroffene Absprache.

**3.3. Fahrbahnbeläge BA 2019 - Schadhafte Straßendecken Sanierung mittels Dünne Schichten in Kaltbauweise
Vorlage: M 2019 0861**

Da der Vermerk mit den entsprechenden Anlagen in der Vorlage fehlt, erläutert **Herr Herbst** die geplante Maßnahme. Die Deckensanierung soll voraussichtlich im Spätsommer abgeschlossen sein. Entsprechende Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Sollte ein günstiges Ausschreibungsergebnis erzielt werden, dann könnten vielleicht noch weitere Straßen in die Maßnahme aufgenommen werden. Sollte dies der Fall sein, wird die Politik über eine Ergänzungsvorlage informiert.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**4. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 04.03.2019
Bezugsvorlagen
M 2018 0655/1 Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2018, Entwurf Oktober 2018
M 2018 0655 Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2018, Lärmkarten und Vorgehensweise
Vorlage: BV 2018 0655/2**

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr fassen einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Lärmaktionsplan, welcher der Vorlage BV 2018 0655/2 anliegt, wird als Lärmaktionsplan gemäß § 47d BImSchG beschlossen.

**5. Einrichtung eines Fußgängerüberweges mit Zebrastrifen in der Straße "Im langen Mühlenfeld", Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion
Vorlage: A 2019 0837**

Herr Plaß erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand. **Herr Herbst** teilt mit, dass im April ein Termin mit der Region stattfinden soll. Bei diesem Termin soll abgesprochen werden, welche Vorgaben die Region für die Zählung hat. Wenn das Ergebnis vorliegt, muss die Prüfung der Region abgewartet werden.

Herr Nijenhof bemängelt, dass die „30“ noch nicht auf der Fahrbahn markiert wurde. Weiterhin möchte er wissen, an welcher Stelle ein Fußgängerüberweg (FGÜ) sinnvoll markiert werden müsste. Er weist darauf hin, dass im nächsten Schuljahr die Schülerzahlen steigen werden und erkundigt sich, ob dies bei der Prüfung berücksichtigt wird.

Herr Herbst antwortet, dass die Markierungsarbeiten erst ab bestimmten Temperaturen durchgeführt werden können. Im Winter sind solche Arbeiten nicht machbar. Wo genau die Zählung erfolgt, ist mit der Region abzustimmen. Er vermutet, dass eine flächendeckende Zählung erfolgt. Er hält die Anlage des

FGÜ in Höhe der Einfahrt zur Prinzhornschule, gegenüber der Kirche, für sinnvoll. Abschließend entscheiden wird die Region als Verkehrsbehörde.

Herr Schulz findet, dass die Querungszahlen aufgrund der vielen Schüler unstrittig sind. Lediglich der Verkehr müsste noch gezählt werden. Seiner Meinung nach sollte der FGÜ schnellstmöglich angelegt werden.

Herr Morich stimmt dem zu. Ein FGÜ an der Stelle ist sehr sinnvoll.

Herr Plaß stellt fest, dass sich alle Mitglieder für einen FGÜ aussprechen. Unklar ist nur der konkrete Ablaufplan. Fraglich ist, wie lange es dauert, bis das Ergebnis der Region vorliegt. **Herr Herbst** informiert, dass die Zählung kurzfristig erfolgen soll, spätestens bis Anfang Mai. Die Zahlen müssen an die Region geschickt werden. Dem ist noch eine Begründung beizufügen, warum die Stadt die Anlage eines FGÜ in einer Tempo-30-Zone wünscht. Wie lange die Prüfung dann bei der Region dauert, kann **Herr Herbst** nicht absehen.

Herr Plaß fasst zusammen, dass sich die Ausschussmitglieder einstimmig für die Anlage eines FGÜ aussprechen. Die Verwaltung ist bereits damit beschäftigt, die Voraussetzungen für die Anlegung zu erfüllen. Das Verfahren soll weiter vorangetrieben werden.

**6. Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018
Vorlage: A 2018 0654**

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die TOP 6 und 7 gemeinsam beraten werden sollen.

Siehe TOP 7

**7. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018
Vorlage: A 2018 0665**

Die TOP 6 und 7 werden gemeinsam beraten.

Herr Fleischmann trägt seinen Antrag erneut vor. Er möchte diesen noch umbenennen. U. a. soll der Beitrag im Grundbuch eingetragen werden und erst bei Verkauf oder im Erbfall fällig werden. Eine Grundsteuererhöhung befürwortet er nicht, da er keine weitere Belastung für Mieter wünscht.

Es wird vereinbart, dass Herr Fleischmann seine Änderung des Antrages schriftlich an die Verwaltung leitet.

Seitens **Herrn Plaß** wird daran erinnert, dass der Bürgermeister aus Springe zu einem Vortrag eingeladen werden sollte. Er weist weiterhin darauf hin, dass in den Landtagsfraktionen ebenfalls das Thema Straßenausbaubeiträge diskutiert wird. Hier gibt es verschiedene Ansätze, wie z. B. die Verrentung der Beitragsschuld und die Anrechnung Zuschüsse Dritter auf die Beiträge

der Anlieger. In der heutigen Sitzung sollte das Thema weiter diskutiert werden, aber noch kein Beschluss gefasst werden.

Herr Nijenhof möchte wissen, ob die Forderungen im Antrag von Herrn Fleischmann überhaupt rechtlich durchsetzbar wären. Weiterhin findet er die Vorschläge aus dem Landtag sinnvoll, auch wenn es dazu noch keinen Beschluss gibt. In Laatzten wurde die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen, aber von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt. Daher sollte man in Burgdorf zunächst genau prüfen und erst nach einem gesamten Überblick über das Thema entscheiden.

Herr Lentz kann den Antrag von Herrn Fleischmann zwar nachvollziehen, jedoch wäre die Umsetzung nicht einfach. Man müsste erstmal klären, unter welchen Voraussetzungen man als „sozial schwach“ gilt, so dass man den Erlass der Beiträge beanspruchen kann.

Herr Schulz verweist auf den Vortrag von Herrn Dr. von Waldthausen. Dieser hat ausführlich erläutert, dass ein Erlass der Beiträge, wie von Herrn Fleischmann gewünscht wird, rechtswidrig ist. Weiterhin ist die Grundsteuerreform noch nicht abgeschlossen. Diese sollte man abwarten, bevor man über eine Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen über die Grundsteuer nachdenkt.

Auch **Herr Arand** befürwortet eine Zurückstellung der Anträge, bis der Landtag über die Vorschläge beschlossen hat. Dem stimmt **Herr Morich** zu.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die TOP 6 und 7 zur weiteren Diskussion vertagt werden und daher noch kein Beschluss zu den beiden Anträgen gefasst wird.

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

1. Herr Schulz verweist auf einen Zeitungsartikel der HAZ, in dem über den geplanten Ausbau „Marris-Mühlenweg“ berichtet wird. Darin heißt es, dass die Anlieger vorerst nicht mit einer Kostenbeteiligung rechnen müssen. Seiner Meinung nach handelt es sich hier lediglich um Ausbesserungsarbeiten, für die gar keine Beiträge zu erheben sind.

Herr Herbst antwortet, dass seitens der Politik der Wunsch besteht, möglichst bei neuen Maßnahmen keine Straßenausbaubeiträge abzurechnen, solange nicht feststeht, wie es mit den Beiträgen weitergeht. Es handelt sich bei der Erneuerung des Gehweges im Marris-Mühlenweg um eine beitragsfähige Maßnahme. Eine Abrechnung ist grundsätzlich aber nur möglich, wenn die Anlage auf gesamter Länge erneuert wird. Bisher wurde in diesen Fällen ein Aufwandsspaltungsbeschluss eingeholt, damit eine Teilmaßnahme zeitnah abgerechnet wird. Erst mit diesem Beschluss läuft die Verjährungsfrist. Wird ein solcher Beschluss nicht eingeholt, wird der jetzt entstandene Aufwand zu einer späteren Zeit, wenn die übrigen Anlagen der Straße erneuert werden, mit eingerechnet.

Herr Schulz gibt zu bedenken, dass für die Sanierung der Fahrbahnbeläge (TOP 3.3) auch keine Beiträge erhoben werden. **Herr Herbst** erläutert, dass es sich bei einer Deckensanierung um keine beitragspflichtige Maßnahme handelt. Die Erneuerung des Gehweges ist jedoch beitragsfähig.

2. Herr Nijenhof erkundigt sich nach seiner Anfrage aus der letzten Sitzung zum Thema „Sicherheit Kreuzung Gartenstraße/Vor dem Celler Tor“. Es soll-

te Ende März ein Gespräch stattfinden. **Herr Herbst** antwortet, dass sich die Landesbehörde diesbezüglich noch nicht gemeldet hat. Er geht davon aus, dass dies aus personellen Gründen bei der Landesbehörde auch noch etwas dauern wird.

9. Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Arand informiert darüber, dass das Notfallinformationssystem in Betrieb genommen werden kann. Die Schilder sind an den Bänken bereits angebracht und es gibt Flyer zu dem Thema. **Herr Morich** lobt den Einsatz für dieses System. Er findet die Einrichtung gut.

2. Herr K.-H. Meyer findet die Friedhofsgestaltung in Otze nicht schön. Darunter leidet die Aufenthaltsqualität. Er wünscht sich, dass die Gestaltung der einzelnen Friedhöfe überprüft wird. **Herr Herbst** teilt mit, dass der Vorentwurf zur Friedhofsentwicklungsplanung inzwischen vorliegt. Es ist vorgesehen, dass das Ergebnis in den Gremien vorgestellt wird.

Einwohnerfragestunde

1. Ein **Einwohner aus Hülptingsen** verweist auf die Schreiben der Region, wonach ein Fußgängerüberweg (FGÜ) in Tempo-30-Zonen nicht zulässig ist. Dann wären die FGÜ in der „Marktstraße“ sowie der geplante Überweg „Im Langen Mühlenfeld“ ebenfalls nicht zulässig.

Es gibt auch eine Petition aus dem Bundestag dazu. Der Auszug wird an die Verwaltung übergeben und als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt. Ein Urteil, welches vom Verwaltungsgericht Aachen ergangen ist, wird ebenfalls dem Protokoll beigelegt (**Anlage 2**). Seiner Meinung nach liegen demnach auch in Hülptingsen die Voraussetzungen für die Anlegung eines FGÜ vor. **Herr Herbst** antwortet, dass die Unterlagen an die Region weitergeleitet werden. Diese wird als Verkehrsbehörde die Bewertung vornehmen.

Herr Arand gibt zu bedenken, dass nicht nur die Möglichkeit von LSA und FGÜ diskutiert wird, sondern auch die dritte Variante der Betonsofas einbezogen werden sollte. Die Schulwegsicherung ist das Ziel, unabhängig von der konkreten Maßnahme. **Herr Herbst** weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass derzeit ein Termin für Fahrversuche geplant wird.

Der Einwohner sieht die Gefahr, dass durch eine solche Einengung unerwünschte Beschleunigungen entstehen, weil Autofahrer das Hindernis noch schnell vor dem Gegenverkehr passieren wollen.

2. Ein weiterer Einwohner aus Hülptingsen erinnert an die Ausschusssitzung im Dezember 2018. Es wurde zugesagt, dass in Hülptingsen Warnschilder „Achtung Kinder“ aufgestellt werden. Ebenso sollte eine Messanlage aufgestellt werden. **Herr Herbst** wird die Installation der Verkehrsschilder bei der Region Hannover beantragen.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin